Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Abschlüsse im Sekundarbereich I der allgemein bildenden Schulen einschließlich der Freien Waldorfschulen

Vom 3. Mai 2016


Artikel 1

1. § 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 2 Nr. 2 werden die Worte „mit dem Schwerpunkt“ durch die Worte „im Förderschwerpunkt“ ersetzt.
   b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
      aa) Der bisherige Satz 1 wird einziger Satz.
      bb) Satz 2 wird gestrichen.
   c) Es wird der folgende neue Absatz 4 eingefügt:
   d) Die bisherigen Absätze 4 bis 6 werden Absätze 5 bis 7.
   e) Im neuen Absatz 7 wird Satz 3 gestrichen.

2. In § 5 Satz 2 wird die Verweisung „§ 1 Abs. 3 Satz 2“ durch die Verweisung „§ 1 Abs. 4 Satz 1“ ersetzt.

3. § 8 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 2 wird die Verweisung „§ 1 Abs. 3 Satz 2“ durch die Verweisung „§ 1 Abs. 4 Satz 1“ ersetzt.
   b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
      ae) Satz 1 erhält folgende Fassung:
               "Wer nicht in den 10. Schuljahrgang versetzt wird und die Schule verlässt, erhält den Hauptschulabschluss, wenn er die Mindestanforderungen in allen Pflichtfächern und Wahlpflichtfächern erfüllt.

bb) Satz 3 erhält folgende Fassung:
               "Der Abschluss wird durch einen Gleichstellungsvermerk im Abgangszeugnis bescheinigt."

4. Die §§ 9 und 10 erhalten folgende Fassung:
   "§ 9
   Erweiterter Sekundarabschluss I

§ 10
Sekundarabschluss I — Realschulabschluss

5. § 12 erhält folgende Fassung:
   "§ 12
   Entsprechende Anwendung der für andere Schulformen geltenden Vorschriften und sonstige Regelungen
   (1) Für die Kooperative Gesamtschule gelten die §§ 2 bis 11 entsprechend.
   (2) Für den Hauptschulzweig der Oberschule gelten die §§ 2 bis 5 entsprechend.
   (3) Für den Realschulzweig der Oberschule gelten die §§ 6 bis 8 entsprechend.
   (4) Wer am Ende des 10. Schuljahrgangs am Gymnasialzweig der Oberschule die Mindestanforderungen in allen Pflichtfächern erfüllt hat, ist zum Besuch der gymnasialen Oberstufe berechtigt. Wenden die Schülerin oder der Schüler nicht in den Sekundarbereich II, so erhält sie or er den Erweiterten Sekundarabschluss I; der Abschluss wird durch einen Gleichstellungsvermerk im Abgangszeugnis bescheinigt. Im Übrigen gelten für die Schülerinnen und Schüler im Gymnasialzweig der Ober- schule die §§ 10 und 11 entsprechend.
   (5) Für die nach Schuljahrgängen gegliederte Ober- schule gelten die §§ 13 bis 18 entsprechend."

6. In § 16 Abs. 3 wird die Verweisung „§ 1 Abs. 3 Satz 2“ durch die Verweisung „§ 1 Abs. 4 Satz 1“ ersetzt.

7. § 17 wird wie folgt geändert:
   a) In der Überschrift werden die Worte „mit dem Schwerpunkt“ durch die Worte „im Förderschwerpunkt“ ersetzt.
   b) In Absatz 1 werden die Worte „mit dem Schwerpunkt“ durch die Worte „im Förderschwerpunkt“ ersetzt.

89
c) In Absatz 2 Satz 2 wird die Verweisung „§ 1 Abs. 3 Satz 2“ durch die Verweisung „§ 1 Abs. 3 Satz 1“ ersetzt.
d) Es wird der folgende Absatz 3 angefügt:

(3) Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Lernen können auch den Abschluss nach § 18 Abs. 1 erwerben.

8. § 18 wird wie folgt geändert:
a) In der Überschrift werden die Worte „mit dem Schwerpunkt“ durch die Worte „im Förderschwerpunkt“ ersetzt.
b) In Absatz 1 werden die Worte „mit dem Schwerpunkt“ durch die Worte „im Förderschwerpunkt“ ersetzt.

9. Nach § 18 wird der folgende neue Achte Abschnitt eingefügt:

„Achter Abschnitt

Erwerb von Abschlüssen durch Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Lernen an allgemein bildenden Schulen mit Ausnahme der Förderschulen

§ 18 a

Entsprechende Anwendung von für die Förderschule im Förderschwerpunkt Lernen geltenden Vorschriften

1 Für Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung im Förderschwerpunkt Lernen an allgemein bildenden Schulen mit Ausnahme der Förderschulen ist § 18 Abs. 1 entsprechend anzuwenden.
2 Schülerinnen und Schüler, die nach Erwerb des Abschlusses nach § 18 Abs. 1 weiterhin eine allgemein bildende Schule mit Ausnahme der Förderschule besuchen, können den Abschluss nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 erwerben.“

10. Der bisherige Achte Abschnitt wird Neunter Abschnitt und der bisherige Neunte Abschnitt wird Zehnter Abschnitt.

11. § 22 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Durchschulungswarte sind auf zwei Dezimalstellen zu berechnen; es wird nicht gerundet.“

12. In § 23 Abs. 6 Satz 1 werden die Verweisungen „§§ 5 und 16“ durch die Verweisungen „§§ 5, 6 Abs. 3 und § 16“ und die Worte „mit dem Schwerpunkt“ durch die Worte „im Förderschwerpunkt“ ersetzt.

13. § 24 erhält folgende Fassung:

„§ 24

Anforderungen an Ausgleichsfächer

1 Ausgleichsfach kann nur ein Fach sein, für das in der Stundentafel höchstens eine Stunde weniger vorgeschrieben ist als für das Fach, in dem die Leistungen ausgeglichen werden sollen. Ausgleichsfach kann außer einem Pflichtfach auch ein Wahlpflichtfach, ein Wahlpflichtkurs, ein Wahlfach oder ein wahlfreier Kurs sein. Ist für ein Ausgleichsfach in der Stundentafel eine verbindliche Stundenzahl nicht vorgeschrieben, so ist die Zahl der Wochenstunden im Stundenplan maßgebend.

2 An der Realschule, am Gymnasium, im Realschulzweig und im Gymnasialzweig der Oberschule und der Kooperativen Gesamtschule sowie an der Integrierten Gesamtschule können die Leistungen in den Fächern Deutsch und Mathematik und in den Pflicht- und Wahlpflichtfremdsprachen nur untereinander ausgeglichen werden.“

14. § 25 wird gestrichen.

15. Der bisherige Zehnte Abschnitt wird Elfter Abschnitt.

16. § 30 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird der folgende neue Satz 3 eingefügt:

„Sind Prüfungen mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung zu prüfen, so soll der Prüfungskommission ein zusätzliches Mitglied mit beratender Sitzung angehören, das über die Lehrbefähigung für das Lehramt für Sonderpädagogik verfügt.“

bb) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4 und wie folgt geändert:

Das Wort „Dieser“ wird durch die Worte „Die Mitglieder der Prüfungskommission“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird der folgende neue Satz 2 eingefügt:

„Die Schulbehörde beruft eine andere Lehrkraft der Schule als vorstehendes Mitglied, wenn die Schulleiterin oder der Schulleiter Mitglied eines Fachprüfungsausschusses ist.“

bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3 und wie folgt geändert:

Nach dem Wort „Prüfungskommission“ werden die Worte „und das zusätzliche Mitglied“ eingefügt.

c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Worte „die Mitglieder“ durch die Worte „das vorstehende und das weitere Mitglied“ ersetzt.

17. § 35 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
b) Es wird der folgende Satz 2 angefügt:

„Erhält der Prüfling einen Abschluss ohne Prüfung, so wird der Abschluss durch einen Gleichstellungsvermerk im Abgangszeugnis bescheinigt.“

18. § 37 erhält folgende Fassung:

„§ 37

Nachteilsausgleich

Für Prüflinge mit Beanträchtigungen kann die Prüfungskommission Erleichterungen der äußeren Prüfungsbedingungen zulassen.“

19. § 47 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Der Abschluss wird durch einen Gleichstellungsvermerk im Abgangszeugnis bescheinigt.“

20. Der Dritte Teil wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Schlussvorschriften“.b) Vor § 48 wird der folgende § 47 a eingefügt:

„§ 47 a

Übergangsregelung


Niedersächsisches Kultusministerium
Heiligenstadt
Ministerin